

Katrin Sobania

Die Politische Ökonomik der Deregulierung

Eine Untersuchung am Beispiel
der Sektoren Telekommunikation,
Straßen- und Schienengüterverkehr
sowie Landwirtschaft

A 236885



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	17
Abkürzungsverzeichnis	18
Teil I: Einleitung	21
1. Einführung	21
2. Begriffsklärung und Themenabgrenzung	22
3. Zielsetzung und Gang der Untersuchung	24
Teil II: Theoretische Grundlagen	27
1. Grenzen der normativen Theorie ordnungspolitischer Ausnahmeregelungen	27
1.1. Grundsätzliche Legitimationskriterien	27
1.2. Politische Begründungen	28
1.3. Volkswirtschaftliche Rechtfertigungen	29
1.3.1. Einzelne Marktversagensfälle	30
1.3.2. Einzelne Wettbewerbsversagensfälle	32
1.4. Fazit: Abweichungen zwischen normativer Theorie und ordnungspolitischer Praxis	37
2. Die Moderne Institutionenökonomik als weiterführender Erklärungsansatz	38
2.1. Grundelemente	38
2.1.1. Das Prämissengebäude der Modernen Institutionenökonomik	39
2.1.2. Die Neue Institutionenökonomik	41
2.1.3. Die Neue Politische Ökonomik	43
2.1.3.1. Die Ökonomische Theorie der Demokratie	45
2.1.3.2. Die Ökonomische Theorie der Bürokratie	46

2.1.3.3. Die Ökonomische Theorie der Interessengruppenbildung	48
2.1.3.4. Die Ökonomische Theorie des politischen Unternehmers/Führers	50
2.2. Die Ökonomische Theorie der Regulierung	51
2.2.1. Der politische Markt für Regulierungen	51
2.2.2. Das Verhalten der Regulierungsbürokratie	51
2.2.3. Gesamtwirtschaftliche Effekte	54
2.3. Positive Analyse von Deregulierungen	55
2.3.1. Beckers Modell des Interessengruppenwettbewerbs	56
2.3.2. Peltzmans erweiterter Deregulierungsansatz	58
2.3.3. Zwischenfazit	59
2.4. Ein weiterführender Erklärungsansatz	60
2.4.1. Grundthese der Arbeit	60
2.4.2. Determinanten von Deregulierungsprozessen	62
2.4.2.1. Die technologische Dimension	62
2.4.2.2. Die marktlich-ökonomische Dimension	63
2.4.2.3. Die politische Dimension	66
3. Abschließende Bemerkungen	72
Teil III: Telekommunikation	75
1. Einleitung	75
1.1. Die Bedeutung der Telekommunikation	75
1.2. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	76
1.2.1. Der Begriff Telekommunikation	76
1.2.2. Der Aufbau eines Telekommunikationssystems	78
1.3. Gang der Untersuchung	80
2. Normative Rechtfertigungen für ordnungspolitische Ausnahmeregelungen im Telekommunikationsbereich	81
2.1. Wettbewerbsversagen aufgrund des Vorliegens eines natürlichen Monopols	81

2.2. Gesellschaftspolitische Zielsetzungen	84
2.3. Zwischenfazit	86
3. Die deutsche Telekommunikationspolitik vor den Reformen	87
3.1. Die Entwicklung bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland	87
3.2. Die alte Marktordnung in der Bundesrepublik	89
3.3. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Marktordnungen im Telekommunikationsbereich	92
4. Die Beibehaltung des Status quo ante vor dem Hintergrund der politökonomischen Theorie	94
4.1. Interessengruppen innerhalb der DBP und Politiker	95
4.1.1. Der Minister für Post und Fernmeldewesen	95
4.1.2. Weitere politische Interessen	97
4.1.3. Das Personal der DBP	99
4.2. Interessengruppen außerhalb der DBP	101
4.2.1. Die nationale Telekommunikationsgüterindustrie	101
4.2.2. Weitere Anbieterinteressen	103
4.2.3. Die Nachfrageseite	104
4.3. Zwischenfazit	105
5. Die Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes von Regulierungen zu Deregulierungen	107
5.1. Die Entwicklung zur Reformreife und der erste Reformschritt	107
5.1.1. Frühere Reformversuche und politökonomische Konsequenzen	107
5.1.2. Auslösende Faktoren der Deregulierungen im TK-Bereich	108
5.1.2.1. Technologieinduzierte Marktentwicklungen	109
5.1.2.2. Die zunehmende Globalisierung	112
5.1.2.3. Externe politische Einflußfaktoren und Deregulierungen	114
5.1.2.4. Fazit: Veränderte Gruppeninteressen als Grundlage des Liberalisierungsprozesses	117
5.1.3. Die Regierungskommission Fernmeldewesen	120
5.1.4. Die Postreform I von 1989 (Poststrukturreform)	122

5.2. Weitere Einflußfaktoren und der zweite Reformschritt	126
5.2.1. Der Einfluß externer Entwicklungen auf den weiteren Reformprozeß	126
5.2.1.1. Technologische und marktliche Entwicklungen	126
5.2.1.2. Die Finanzkrise der DBP Telekom	128
5.2.1.3. Politische Entwicklungen auf europäischer Ebene	129
5.2.1.4. Zwischenfazit	130
5.2.2. Die Eckpunkte der zweiten Postreform von 1994 (Privatisierung)	131
5.3. Die vollständige Liberalisierung mit der dritten Reformstufe	134
5.3.1. Determinanten der vollständigen Liberalisierung	134
5.3.2. Die Eckpunkte der dritten Postreform von 1996 (Deregulierung)	136
5.3.3. Die aktuelle Wettbewerbssituation	140
5.4. Zwischenfazit	141
6. Zusammenfassung	142
Teil IV: Straßen- und Schienengüterverkehr	145
1. Einleitung	145
1.1. Verkehr als ordnungspolitischer Ausnahmebereich	145
1.2. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	146
1.3. Aufbau der Untersuchung	146
2. Rechtfertigungen für eine ordnungspolitische Sonderbehandlung des Verkehrsbereichs	147
2.1. Die Besonderheitenlehre	147
2.2. Ökonomische Begründungen	148
2.2.1. Natürliches Monopol im Bahnbereich	149
2.2.2. Ruinöse Konkurrenz im Straßengüterverkehr	150
2.2.3. Externe Effekte	151
2.3. Politische Rechtfertigungen: Gemeinwirtschaftliche Aufgaben der Deutschen Bundesbahn	152

2.4. Zwischenfazit	154
3. Die Deutsche Verkehrspolitik und ihre Fehlentwicklungen	156
3.1. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen und die Regulierung der intermodalen Konkurrenz vor dem Zweiten Weltkrieg	156
3.2. Die deutsche Verkehrspolitik in der Nachkriegszeit	158
3.3. Modifikationen der deutschen Verkehrsmarktordnungen bis zu den achtziger Jahren	161
3.4. Die Folgen der deutschen Verkehrspolitik	164
4. Politökonomische Analyse des Status quo ante	167
4.1. Der politische Markt für dirigistische Maßnahmen im Verkehrsbereich	169
4.1.1. Interessengruppen auf der Angebotsseite	169
4.1.1.1. Interessengruppen innerhalb der DB	169
4.1.1.2. Das Straßengüterverkehrsgewerbe	170
4.1.2. Interessengruppen auf der Nachfrageseite	173
4.1.3. Politische Entscheidungsträger und Wählerkontrolle	174
4.2. Die Rolle der nationalen Verkehrsbürokratie und der Regulierungsbehörden	176
4.3. Zwischenfazit	177
5. Die europäische Verkehrspolitik und Liberalisierungen	178
5.1. Die gemeinsame Verkehrspolitik bis 1985	179
5.1.1. Einleitung	179
5.1.2. Die Ausgestaltung der europäischen Verkehrspolitik bis 1985	179
5.1.3. Politökonomische Erklärung der gemeinsamen Verkehrspolitik	182
5.2. Die Liberalisierung der europäischen Verkehrsmärkte als Auslöser für Reformen	184
5.2.1. Das Untätigkeitsurteil des EuGH	185
5.2.1.1. Zustandekommen und Inhalt des Urteils	185
5.2.1.2. Politökonomische Konsequenzen des Gerichtshofurteils	186
5.2.2. Die Liberalisierung der gemeinsamen Verkehrsmärkte	189

5.2.2.1. Liberalisierungsvorgaben im Straßengüterverkehr	189
5.2.2.2. Liberalisierungsvorgaben im Schienengüterverkehr	190
5.3. Die Auswirkungen der gemeinsamen Verkehrspolitik auf das deutsche Marktordnungssystem	193
5.3.1. Deregulierungen im Straßengüterverkehr	193
5.3.2. Liberalisierungen im Schienengüterverkehr	195
5.3.3. Die aktuelle Liberalisierungsdiskussion im Schienenverkehrsbereich	198
5.4. Zwischenfazit	202
6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	203
Teil V: Landwirtschaft	205
1. Einleitung	205
1.1. Einführung	205
1.2. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Gang der Untersuchung	206
2. Normative Rechtfertigungsgründe für eine einkommensorientierte Agrarpolitik	206
2.1. Geringe Einkommenselastizität der Nachfrage	207
2.2. Saisonale (vegetations-) und witterungsbedingte Besonderheiten	208
2.3. Inverses Angebotsverhalten	210
2.4. Zyklische Preis- und Mengenschwankungen	211
2.5. Gravierende Externalitäten	212
2.6. Hohe Marktaustrittsschranken, mangelnde Strukturanpassung und ruinöse Konkurrenz	217
2.7. Fazit: Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf im Agrarbereich	214
3. Die Gemeinsame Agrarpolitik und ihre Fehlentwicklungen	215
3.1. Die Vorgeschichte der Agrarpolitik	216
3.2. Die Entstehung der Gemeinsamen Agrarpolitik	217
3.3. Die wichtigsten Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik	219

3.3.1. Die Agrarmarktordnungen	219
3.3.1.1. Maßnahmen im Außenschutz	219
3.3.1.2. Binnenmarktinterventionen	220
3.3.2. Die agrarische Strukturpolitik	221
3.4. Die Finanzierung der GAP	222
3.5. Gesamtwirtschaftliche Ineffizienzen der europäischen Agrarpolitik	22
4. Die Beibehaltung des Status quo vor dem Hintergrund der MIÖ	225
4.1. Vorbemerkungen	225
4.2. Das agrarpolitische System auf nationalstaatlicher Ebene	227
4.2.1. Landwirte und die Organisierbarkeit agrarpolitischer Präferenzen	227
4.2.2. Der politische Markt für Agrarprotektion	229
4.2.3. Politischer Wettbewerb und Wählerkontrolle	231
4.2.4. Die Rolle der nationalen Agrarbürokratie	234
4.3. Das agrarpolitische System in der Gemeinschaft	236
4.3.1. Die landwirtschaftliche Interessenvertretung auf europäischer Ebene	236
4.3.2. Das Europäische Parlament	237
4.3.3. Die Europäische Kommission und die GAP	239
4.3.4. Der Agrarministerrat	241
4.4. Zwischenfazit	244
5. Bisherige vergebliche Reformversuche	244
5.1. Reformversuche in den achtziger Jahren	245
5.1.1. Auslösende Faktoren	245
5.1.2. Eckpunkte des Reformpakets und ordnungspolitische Beurteilung	246
5.2. Die Agrarreform von 1992 ("MacSharry-Reform")	248
5.2.1. Das Zustandekommen der Reform	248
5.2.2. Die wichtigsten Elemente der Reform und ordnungspolitische Beurteilung	251
5.3. Die Agenda 2000	253

5.3.1. Gründe für eine weitere Reform	253
5.3.2. Die Inhalte der Agenda 2000 und ordnungspolitische Beurteilung	255
5.4. Die jüngste Reformdiskussion	258
5.5. Fazit und weiterer Reformbedarf	263
6. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Reformchancen der GAP	264
Teil VI: Synthese	267
1. Zusammenfassung und Ergebnisse der Untersuchungen	267
2. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen	269
Literaturverzeichnis	273